

StOAR Idel stellt ausführlich die Sitzungsvorlage vor und erläutert die verschiedenen möglichen Vorschläge für eine Haushaltskonsolidierung.

Der Bürger Herr Labeschautzki bittet BM Böhling um Mitteilung, wie es zu diesem Wandel gekommen ist, nachdem im Jahr zuvor Steuererhöhungen noch ausgeschlossen wurden. Zudem fragt er an, ob es von BürgerInnen bzw. Gewerbebetrieben schon Rückmeldungen im Zusammenhang mit einer möglichen Erhöhung der Hebesätze - auch im Hinblick auf die Grundsteuerreform 2025 - gibt.

Hierzu teilt BM Böhling mit, dass Steuererhöhungen niemandem Spaß bereiten. Die Stadt muss allerdings auch handlungsfähig bleiben. Andernfalls wird irgendwann die Kommunalaufsicht einschreiten. Eine Erhöhung von 7,50 €/Monat je Durchschnittshaushalt wird insgesamt als tragbar angesehen. Neubürger schauen nicht als erstes auf den jeweiligen Hebesatz der Kommune. Es kommt vielmehr darauf an was dort geboten wird, wie beispielsweise Kinderbetreuung, Schulen, Infrastruktur usw.. Die Grundsteuerreform sieht vor, dass das Grundsteueraufkommen im Jahr 2025 für die Kommunen aufkommensneutral ist. Zu der Gewerbesteuer kann ergänzend mitgeteilt werden, dass Betriebe mit einem Gewinn von bis zu 24.500 € - also kleinere Betriebe - keine Gewerbesteuer zahlen müssen.

RM Putzehl spricht sich dafür aus, die Hundesteuer für den 1. Hund nicht zu erhöhen.

Der Bürger Herr Labeschautzki bittet darum, eine Erhöhung der Hundesteuer eher bei den „gefährlichen Hunden“ anzusetzen.

StOAR Idel führt hierzu aus, dass es sich um eine eher moderate Erhöhung im Rahmen der allgemeinen Preissteigerung handelt. Ebenfalls ist die Hundesteuer auch eine sogenannte Lenkungssteuer um die Zahl der Hunde im Stadtgebiet zu begrenzen. Weiterhin würden Steuererhöhungen bei „Einzelhunden“ keinen Konsolidierungsbeitrag leisten.

Auf diverse Nachfragen im Zusammenhang mit den geänderten Personalaufwendungen und dem neuen Organigramm der Stadt Schortens führt BM Böhling aus, dass das neue Organigramm in den dargestellten Personalaufwendungen bereits berücksichtigt ist. Teilweise hat es bereits zuvor in den jeweiligen Fachbereichen einige Sachgebietsleitungen gegeben. Im Falle von zusätzlichen Sachgebieten ist die Übernahme der Sachgebietsleitung nicht zwingend mit einer Höhergruppierung verbunden. Bei der Gleichstellungsbeauftragten handelt es sich um eine Pflichtaufgabe wofür die Stadt Schortens auch Mittel vom Land Niedersachsen erstattet bekommt. Die Stabstelle „Klimaschutz“ ist derzeit unbesetzt, so dass keine Personalaufwendungen anfallen. Auch kann die Stadt hierfür für einen gewissen Zeitraum eine Förderung erhalten. Ob ein Pressesprecher für die Stadt Schortens erforderlich ist, wird man noch beleuchten müssen. Die abschließende Entscheidung darüber wird der Rat treffen. Ebenso wird mit umliegenden Kommunen eine interkommunale Zusammenarbeit geprüft, um dadurch gegebenenfalls Personalaufwendungen einzusparen.

RM Ottens führt aus, dass die Stellen für die Stabstelle „Kultur- und Eventmanagement“ bereits ebenfalls besetzt sind, diese zuvor lediglich bei anderen Fachbereichen angegliedert waren. Die Stelle „Klimaschutz“ war in der jüngeren Vergangenheit mit der Besoldungsgruppe A11 ausgeschrieben. Hierzu sind allerdings keine adäquaten Bewerbungen eingegangen. Auch vor diesem Hintergrund werden interkommunale Überlegungen angestellt.

Auf Nachfrage eines Bürgers zu den Aufwendungen für die Straßenunterhaltung teilt RM Ottens mit, dass dieses Thema nochmal im zuständigen Fachausschuss erörtert werden soll.

RM Just merkt an, dass für das Zentrum für Kinder, Jugendliche und Familien lediglich ein Konsolidierungsbeitrag in Höhe von 10.000 € für die Veranstaltungskosten aufgeführt ist und bittet um Darlegung der Gründe. Hier wäre jedoch – wie in der Vergangenheit bereits angesprochen - ein deutlich höherer Konsolidierungsbeitrag möglich, sofern der Landkreis Friesland die wesentlichen und eigentlich ihm obliegenden Aufgaben übernimmt. Schließlich gehen die Besucherzahlen des Hauses nach unten, der Zuschussbedarf hingegen würde ansteigen.

RM Ottens gibt zu bedenken, dass man den Sachverhalt nicht verwischen darf. Das Zentrum für Kinder, Jugendliche und Familien ist in dieser Form politischer Wille. Andernfalls müsste eine derartige Betrachtungsweise auch für das Aqua-Fit herangezogen werden, welches ebenfalls politisch so gewollt ist.

(Anmerkung der Verwaltung:

Sowohl im Jahr 2022 als auch im Jahr 2023 hat es im Zentrum für Kinder, Jugendliche und Familien einen Leitungswechsel gegeben. Zudem gab es – laut Rücksprache mit dem Fachbereich 1 – in beiden Jahren einige Personalvakanz. Das geplante Angebot an Veranstaltungen konnte daher in den Jahren nicht stattfinden. Ziel ist es jedoch das Angebot ab dem Jahr 2024 wieder etwas auszuweiten.)

RM Kasig fragt an, wie sich die geplante Ausweitung der Städtepartnerschaft auf den Haushalt 2024 ff auswirkt. Hierzu teilt BM Böhling mit, dass die Ausweitung im Jahr 2024 zunächst in Arbeitskreisen besprochen und geplant wird. Daher wird man mit dem Haushaltsansatz 2024 hinkommen. Für die Folgejahre wird man die Haushaltsansätze dann prüfen. Begegnungen werden wohl erst im Jahr 2025 in Form eines Jugendaustausches stattfinden. Es besteht die Möglichkeit, dass hierfür eventuell Fördermittel eingeworben werden können.

Eine Nachfrage von dem Bürger Herr Labeschautzki, ob mit dem Wasser-Wald-Zentrum im Klosterpark irgendwelche Kosten für die Stadt Schortens entstehen, wird von BM Böhling verneint.

RM Grimpe erkundigt sich, ob die Ergebnisse aus der Strom- und Erdgasausschreibung schon vorliegen und bittet um eine kurze nachvollziehbare Übersicht, mit welchen Verbräuchen, Einzelpreisen und Gesamtkosten jeweils für die Haushaltsjahre 2023 und 2024 gerechnet wurde und wie sich konkret die Ausschreibungsergebnisse darauf auswirken.

BM Böhling erläutert, dass bisher lediglich das Ergebnis für die Erdgasausschreibung vorliegt und der Gaspreis bei ca. 10 ct/kWh liegt. Das Ergebnis passt im Wesentlichen mit der Haushaltsplanung 2024. Für Strom liegt bisher noch kein Ausschreibungsergebnis vor. Eine konkrete Übersicht soll der Niederschrift als Anlage beigefügt werden.

(Anmerkung der Verwaltung:

Eine vollständige nachvollziehbare Übersicht in tabellarischer Form wird in Kürze vom Fachbereich Bauen zur Verfügung gestellt.

Zum Zeitpunkt der Erstellung der Niederschrift lagen für Strom noch keine Ausschreibungsergebnisse vor.)

Im weiteren Verlauf berichtet StOAR Idel, dass in absehbarer Zeit die regionalisierten Ergebnisse für Niedersachsen aus der Steuerschätzung Oktober 2023 veröffentlicht werden. Auch berät der Landkreis Friesland im Rahmen der dortigen Haushaltsberatungen noch über die Höhe der Kreisumlage. Insgesamt können sich somit noch einige Änderungen ergeben. Vor diesem Hintergrund erscheint es zielführend den Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung – wie vorgeschlagen – auch im Hinblick auf mögliche Steuererhöhungen auf den 05.12.2023 zu verschieben.

RM Just stellt fest, dass es Einzelne aufgrund möglicher Erhöhungen der Hebesätze 2024 und der Grundsteuerreform 2025 über zwei Jahre hinweg heftig treffen könnte.

RM Kasig begrüßt eine Verschiebung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung. Dies bringt mehr Sicherheit für den Haushalt 2024. Im äußersten Fall wäre es gegebenenfalls erforderlich den Haushalt 2024 erst in einer Ratssitzung im Jahr 2024 zu verabschieden.

RM Ottens gibt zu bedenken, dass die Kreisumlage mit 40 % einen erheblichen Anteil an den Gesamtaufwendungen des Ergebnishaushaltes der Stadt Schortens ausmacht. Es darf nicht sein, dass der Landkreis Friesland zunehmend fast die Hälfte der finanziellen Mittel der Stadt Schortens nimmt.

RM Bruns fasst anschließend zusammen, dass sich eine Beschlussfassung am heutigen Tag zu diesem Tagesordnungspunkt als ungünstig darstellen würde, da noch zu viele Unsicherheiten bestehen. Gegebenenfalls sollte diese Sitzungsvorlage in eine Berichtsvorlage geändert werden.

RM Just spricht sich dafür aus, verschiedene Konsolidierungsvorschläge bereits in der heutigen Sitzung zu erörtern, da nicht alles auf die Schlüsselzuweisungen geschoben werden kann. Eine Erhöhung der Hebesätze über die durchschnittlichen Hebesätze im Landkreis Friesland hinaus wird er ablehnen, da die BürgerInnen nicht überdurchschnittlich belastet werden sollen.

RM Ottens teilt mit, dass noch einige Zahlen, Daten, Fakten fehlen. Seriöse Steuererhöhungen können allerdings nicht ausgeschlossen werden um die notwendigen Aufgaben zu erfüllen.

RM Kasig begrüßt den Vorschlag hinsichtlich einer Änderung der Sitzungsvorlage in eine Berichtsvorlage. Bezüglich einer möglichen Erhöhung der Hebesätze wird man sich irgendwie im Rahmen der vorgelegten „Verschiedenen Hebesatz-Szenarien“ bewegen.

Abschließend besteht im Ausschuss im Wesentlichen Einvernehmen, dass zu diesem Tagesordnungspunkt am heutigen Tag kein Beschluss gefasst wird, da noch zu viele Unsicherheiten bestehen. Die Vorlage wird als Bericht vom Ausschuss zur Kenntnis genommen. Die noch unklaren Punkte sind zunächst abzuwarten. Anschließend erfolgt eine erneute Vorlage im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung.